ISSN 0721-0752

ZfSÖ

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

Dirk Löhr **3** **Boden – die verkannte Umverteilungsmaschine**

Wolfgang Freitag und Max Danzmann **20** **Die Wirtschaftspolitik Deutschlands zwischen Markt, Wettbewerb und Sozialprinzip am Beispiel ausgewählter Themen**

Jörg Gude **29** **Für eine Anpassung gesetzlicher Zinssätze an die anhaltende Niedrigzinsphase**

Stefan Padberg **32** **Europa neu denken und gestalten**

Thomas Betz **45** **Europa und die Welt: Keynes' Bancor-Plan als Grundlage für einen friedlichen Welthandel**

Edoardo Beretta **55** **Paul Davidson und die Reform der internationalen Währungsordnung: eine Argumentation nach der Finanzkrise von 2008**

Niko Paech **60** **Grünes Wachstum als Irrweg**

65 **Personalien – Berichte – Bücher**

55. Jahrgang **198/199.** Folge **November 2018**

PERSONALIEN

Eckhard Behrens

* 24.11.1937 bei Braunsberg/Ostpreußen
† 7.4.2018 in Horn/Bodensee

Gerade mal vier Wochen nach unseren letzten Mündener Gesprächen, bei denen Eckhard Behrens noch in gewohnt kompetenter Weise über die Frage „Wie weiter mit dem Euro?" vorgetragen und leidenschaftlich diskutiert hatte, erreichte uns die bestürzende Nachricht, dass er verstorben sei. Bei der Arbeit in seinem Garten in Horn am Bodensee war er einem plötzlichen Herzversagen erlegen. Während der Tagung wäre niemand auf den Gedanken gekommen, dass er nur noch eine so kurze Lebenszeit vor sich haben könnte. Mit seinem Tod verlieren die „Sozialwissenschaftliche Gesellschaft" und das uns nahe stehende „Seminar für freiheitliche Ordnung" in Bad Boll eine tragende Säule unserer Tätigkeiten.

Geboren wurde Eckhard Behrens in der Nähe der ostpreußischen Stadt Braunsberg (heute: Braniewo), die wenige Kilometer südlich vom Frischen Haff liegt. Dorthin waren seine Großeltern von Schleswig-Holstein gezogen, um ein Pferdegestüt aufzubauen. Seine Eltern waren beide humanistisch gebildete Lehrer. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, aus dem der Vater nicht mehr zurückkehrte, flüchtete die Familie vor der näher rückenden Roten Armee zu Verwandten nach Rendsburg. Dort besuchten Eckhard und seine Geschwister eine Waldorfschule, bevor die Familie 1952 zuerst nach Pforzheim und dann nach Stuttgart weiterzog, wo die Kinder ebenfalls auf Waldorfschulen gehen konnten.

Gleich nach der 1957 abgelegten Abiturprüfung lernte Eckhard Behrens durch Vermittlung seiner Klassenlehrerin deren drei Brüder Diether, Heinz-Hartmut und Lothar Vogel kennen, die kurz zuvor das „Seminar für freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft" gegründet hatten. Wie in dessen Namen zum Ausdruck kam, ging das Themenspektrum des Seminars weit über die Wirtschaft hinaus. Drei Gedankenströme flossen hier zusammen: die von Rudolf Steiner konzipierte Dreigliederung des Sozialen Organismus, die auf den Sozialreformer Silvio Gesell zurückgehende Geld- und Bodenreform und die ökonomische Denkschule des Ordoliberalismus, deren Grundlagen während des Zweiten Weltkriegs und der frühen Nachkriegsjahre durch den Ökonomen Walter Eucken, den Juristen Franz Böhm und die Soziologen Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow gelegt worden waren. Der Ordoliberalismus verstand sich als Alternative sowohl zum Laissez-faire-Kapitalismus als auch zu den totalitären Systemen des Nationalsozialismus und Kommunismus.

Nachdem Eckhard Behrens sein Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften wegen der unmittelbaren räumlichen Nähe zur Politik zunächst in Bonn aufgenommen hatte, bewogen ihn die Publikationen von Prof. Franz Böhm, besonders dessen Schrift „Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung", sein Studium in Frankfurt fortzusetzen, wo er einen großen Teil seiner Studienzeit bei Böhm in dessen Vorlesungen und Seminaren über Wirtschaftsrecht verbrachte. Er schloss seine Ausbildung als Volljurist ab.

Die enge Verbindung zu Prof. Böhm, der als Vater des „Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen" galt, führte 1967 zunächst zu einer mehrmonatigen Tätigkeit von Eckhard Behrens

beim Bundeskartellamt in Berlin. Unterdessen verstärkten sich jedoch durch die Mitarbeit im Seminar für freiheitliche Ordnung sein Interesse an Ordnungsfragen des Bildungswesens und sein Wunsch, dabei nicht an einer Perfektionierung der staatlichen Bildungsplanung mitzuwirken, sondern sich für Vielfalt und Wettbewerb im Bildungswesen einzusetzen. So kam es von 1968 bis 1971 zu einer Tätigkeit beim Vorstand des „Bundes der Freien Waldorfschulen" in Stuttgart. Ein im September 1970 in der FAZ veröffentlichter Leserbrief mit einem Plädoyer für Autonomie der Hochschulen und Wettbewerb zwischen ihnen führte dazu, dass ihm die Universität Heidelberg eine Stelle in der universitären Selbstverwaltung anbot. So zog Eckhard Behrens mit seiner Frau Irene, die ebenfalls im Seminar aktiv tätig war, und den gemeinsamen Kindern nach Heidelberg, wo er bis zu seiner Pensionierung in der Universität als Dezernent für Studium und Lehre u.a. für den sensiblen Bereich der Studienzulassung verantwortlich war.

Neben seiner beruflichen Tätigkeit war Eckhard Behrens auf mehreren Ebenen ehrenamtlich aktiv. Er war Mitglied des Gründungsvorstandes und später des Kuratoriums der Freien Waldorfschule Mannheim. 1972 trat er der FDP bei und war seit 1979 Vorsitzender des Landesfachausschusses für Bildung und Wissenschaft und stellvertretender Vorsitzender des Bundesfachausschusses mit dem ordnungspolitischen Ziel, Autonomie, Vielfalt und Wettbewerb auch im Schul- und Hochschulwesen durchzusetzen.

Seine wichtigste ehrenamtliche Tätigkeit war seine jahrzehntelange Mitwirkung im „Seminar für freiheitliche Ordnung". Unzählige Tagungen zum Themenkreis einer freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft gestaltete er als Organisator und Referent mit. Nach dem Ende der Ära der Gebrüder Vogel bildete Eckhard Behrens zusammen mit Fritz Andres und Jobst von Heynitz seit 1987 drei Jahrzehnte lang den Vorstand des Seminars. Gleich nach dem Untergang des Sowjetimperiums und der friedlichen Wende in Mittel- und Osteuropa hielten Behrens, Andres und Heynitz sowie Prof. Roland Geitmann viele Vorträge vor ostdeutschen Bürgermeistern und Kommunalverwaltungen, um auf die Möglichkeiten des Erbbaurechts als Alternative zum Ausverkauf des ehemaligen ‚volkseigenen' Bodens aufmerksam zu machen. Ihrer Erbbaurechts-Initiative in der Ex-DDR blieb jedoch vor allem wegen der nicht anspringenden Konjunktur der erhoffte Erfolg weitgehend versagt. Auch die Politik setzte mit der Devise „Rückgabe vor Entschädigung" leider falsche Signale.

Neben vielen Tagungen zur Wirtschafts-, Bildungs- und Gesundheitspolitik in der eigenen Tagungsstätte des Seminars in Bad Boll fanden dort auch Jahr für Jahr Sommertagungen über die Geldpolitik der Notenbanken statt, an denen oft auch Mitarbeiter der Deutschen Bundesbank bzw. später der Europäischen Zentralbank teilnahmen. Im Dialog mit ihnen vertrat Eckhard Behrens seine Vorstellungen von einer „dosierten Inflation" als gleichsam zweitbester Ersatzlösung für die erstbeste Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes" (Gesell und Keynes) – eine Variante, die in Kreisen der Geldreformer zuweilen zu vehementem Widerstand gegen die „Verwässerung der reinen Lehre" führte.

Im Rahmen unserer Mündener Gespräche im Frühjahr 2018 trug Eckhard Behrens seine Sicht auf den Gesamtzusammenhang von internationaler Finanzkrise und den Auswirkungen im Euro-Raum vor. Dabei standen bei ihm im Gegensatz zu Mundells Theorie optimaler Währungsräume nicht die Größe eines Währungsraums oder die unterschiedliche Produktivität der beteiligten Volkswirtschaften im Vordergrund. Entscheidend war für ihn vielmehr die Frage, ob der Euro durch eine Geldreform im Sinne einer Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten" oder durch eine dosierte Inflation so geführt werden kann, dass die gesamte europäische Wirtschaft mittelfristig in die Vollbeschäftigung hineinwächst, wobei er unter Vollbeschäftigung die Abwesenheit von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Zeitsouveränität und flexibler Gestaltung der Arbeitszeiten verstand.

Bei Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen trug Eckhard Behrens seine Ansichten souverän vor, zuweilen auch vehement; aber sie beruhten immer auf einer profunden Kenntnis der maßgebenden Fakten und Zusammenhänge. Unzählige Spuren hat er in der vom Seminar herausgegebe-

nen Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“ und auch in unserer „Zeitschrift für Sozialökonomie“ hinterlassen. Bei zukünftigen Diskussionen werden wir seine gedankliche Klarheit sehr vermissen und sicher noch manches Mal seine Aufsätze zur Hand nehmen und überlegen, was er zu neueren Entwicklungen sagen würde.

Prof. Dr. Dirk Löhr
1. Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft
Werner Onken
Redaktion Zeitschrift für Sozialökonomie

Eine Übersicht über die von Eckhard Behrens in der Schriftenreihe "Fragen der Freiheit" veröffentlichten Aufsätze gibt es als Download auf der Internetseite
https://www.sffo.de/sffo/FdF_Alle-Hefte_Autoren.pdf

Unser Mitarbeiter **Prof. Dr. Dirk Löhr**, 1. Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft und Initiator der Initiative „Grundsteuer: Zeitgemäß!“ (www.grundsteuerreform.net), wurde in die Expertenkommission „Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ berufen, die die Bundesregierung hinsichtlich der noch in dieser Legislaturperiode anstehenden Gesetzesvorhaben mit bodenpolitischer Relevanz beraten soll. Außerdem wurde Prof. Löhr zur Mitarbeit in einem vom Bundesinnenministerium gebildeten Kreis von Fachleuten eingeladen, in dem es um eine intensivere Anwendung des Erbbaurechts geht. Schließlich gehört er inzwischen auch dem Ausschuss Bodenpolitik der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung an.

Unser langjähriger Mitarbeiter **Dr. habil. Fabian Thiel** hat zum Wintersemester 2018/19 eine Berufung auf die unbefristete Professur „Immobilienbewertung" an der Frankfurt University of Applied Sciences im Fachbereich Architektur, Bauingenieurwesen und Geomatik erhalten.

Wir gratulieren den beiden sehr herzlich und wünschen ihnen viel Erfolg bei ihren zukünftigen Tätigkeiten. *Red.*

BERICHTE

10 Jahre Ringvorlesung bzw. Veranstaltungsreihe zur Postwachstumsökonomie in Oldenburg

Nach der Aufnahme des „Archivs für Geld- und Bodenreform“ als Sondersammlung in die Bibliothek der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg haben apl. Prof. Dr. Niko Paech und Werner Onken im Sommersemester 2008 eine „Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie“ ins Leben gerufen. Mit der finanziellen Unterstützung durch die „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“ fanden seitdem pro Semester sechs Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen statt. Die Ringvorlesung konnte sich an der Universität gut etablieren und wurde jeweils von 50 bis 100 Personen besucht. In besonderen Fällen waren es 200 oder mehr Teilnehmer/innen. Seit 2012/2013 arbeiteten Oliver Richters und Marius Rommel – beide studierten im Masterstudiengang „Sustainability Economics and Management“ (SEM) – bei der Organisation der Ringvorlesung mit und die „Vereinigung für Ökologische Ökonomie“ (www.voeoe.de) wurde Mitveranstalter, als sie ihre Jahrestagungen einige Male in der Universität Oldenburg durchführte.

Als Prof. Paech keine Perspektiven mehr an der Universität Oldenburg hatte und zum Wintersemester 2016/2017 an die Universität Siegen wechselte, um im Studiengang „Plurale Ökonomik“ tätig zu werden, setzten er und die anderen Mitorganisatoren die Ringvorlesung als außeruniversitäre Veranstaltungsreihe noch bis zum Sommersemester 2018 im Festsaal der Freien Waldorfschule Oldenburg fort. Zum Organisationsteam gehörte inzwischen auch Marcel Hackler, der wie Richters und Rommel im Masterstudiengang „Sustainability Economics and Management“ studiert hatte und Studienleiter für Kirche und Politik in der „Evangelischen Akademie Oldenburg“ war. Zusammen mit der Stiftung und der VÖÖ wurde die „Evangelische Akademie Oldenburg“ auch Mitveranstalterin dieser Veranstaltungsreihe. Und Martin Wilkens, Lehrer an der

Waldorfschule, schuf die praktischen Voraussetzungen für die Durchführung der Vorträge und Diskussionen.

Nach nunmehr genau 10 Jahren wurde die „Ringvorlesung bzw. Veranstaltungsreihe zur Postwachstumsökonomie" zum Ende des Sommersemesters 2018 mit einer inhaltlichen Rückschau und wachstumskritischen kulturellen Beiträgen abgerundet. Einen Filmmitschnitt dieser Abschlussveranstaltung gibt es auf der Internetseite der Oldenburger „Werkstatt Zukunft": https://youtu.be/P3VNYEz2lSw

Die Programme aller insgesamt etwa 125 Veranstaltungen sowie zahlreiche Powerpointpräsentationen und/oder Vortragsmanuskripte sind auf der Internetseite www.postwachstumsoekonomie.de dokumentiert.

Mit dem Themenschwerpunkt „Reparaturkultur" setzen Prof. Dr. Niko Paech und Barthel Pester von der Oldenburger „Werkstatt Zukunft" die ‚alte' Veranstaltungsreihe in ‚neuer' Form fort: https://www.werkstatt-zukunft.org/index.php?id=2018/41-reparaturkultur.php *Red.*

„Freiwirtschaftliche Markierungen" – Virtuelle Ausstellung – zusammengestellt von Prof. Dr. Gerhard Senft, Wirtschaftsuniversität Wien/Österreich

Unser langjähriger Mitarbeiter Prof. Dr. Gerhard Senft, der an der Wiener Wirtschaftsuniversität Wirtschaftsgeschichte und Theoriegeschichte der Ökonomie lehrt, hat kürzlich eine umfangreiche und sehr detaillierte virtuelle Ausstellung über die Geschichte der Geld- und Bodenreformbewegung in Österreich erarbeitet. Im Vorwort heißt es dazu: „Die den Exponaten beigefügten Erläuterungen sollen nicht nur den historischen Kontext sichtbar machen, sondern auch eine Orientierungshilfe im aktuellen Diskurs um Komplementärwährungen, alternative Zahlungssysteme und Negativzinsen bieten."

Diese Ausstellung ist eine kostbare Fundgrube – auch weil sie sich nicht auf die Rekonstruktion der Geschichte der Geld- und Bodenreformbewegung beschränkt, sondern vielfältige Blicke für Vernetzungen mit Geistesverwandten und anderen sozialen Bewegungen öffnet. So werden auch die Frühsozialisten, Theodor Hertzka, Robert Eisler und Heinrich Färber sowie Siedlungs- und Auswandererbewegungen gewürdigt. Außerdem beleuchtet Senft das Verhältnis zur Arbeiterbewegung und zieht eine klare ‚rote Linie' gegenüber der Ideologie des Nationalsozialismus. Der pazifistische Theologe Prof. Dr. Johannes Ude wird ebenso portraitiert wie Hugo Mayer, Aloys Dorfner und andere Personen, die die Geld- und Bodenreformbewegung nach dem Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus in Österreich wieder aufgebaut haben.

Die virtuelle Ausstellung „Freiwirtschaftliche Markierungen" kann auf der Internetseite https://www.wu.ac.at/geschichte/institut/forschung/virtuelle-ausstellung-freiwirtschaftliche-markierungen/ besucht werden und hat ein großes Interesse verdient. *Red.*

Josef Hüwe-Nachlasskatalog

Der Geld- und Bodenreformer Josef Hüwe (1938-2012) hat eine umfangreiche Sammlung von Literatur und diversen Materialien hinterlassen, die von Ulrike Henning-Hellmich und Markus Hennig sorgfältig katalogisiert worden ist. Mit einem Vorwort von Hüwes Frau Barbara Kreyser wurde der Katalog als wissenschaftliches Nachschlagewerk im Selbstverlag der „Arbeitsgemeinschaft Freiwirtschaft" veröffentlicht (136 Seiten A 4 mit 61 dokumentarischen Abbildungen). Gegen einen Selbstkostenpreis von 15 Euro incl. Porto und Versand kann der Katalog bei Ulrike Henning-Hellmich und Markus Henning bestellt werden (Frankenallee 213, 60326 Frankfurt/M. – Mail: agfreiwirtschaft@gmail.com).

Red.

Mapping for Justice – Umsetzung partizipativer Ansätze zur Stärkung der Landrechte von Kleinbauern weltweit

Landkonflikte und Landnahmen, also die Aneignung von Land durch Dritte, sind ein aktuelles globales Phänomen. Landnahmen ereignen sich vor allem in Ländern, in denen privates Eigentum an Grund und Boden nicht üblich ist. Betroffen von Landnahmen sind oft Inhaber traditioneller Gewohnheits- und Nutzungsrechte, beispielsweise Kleinbauern und -bäuerinnen ohne rechtsverbindliche Landtitel oder kartographischer Registrierung traditioneller Landnutzungen.

Kartierung für faire Landnutzung

Der Verein Space2Live unterstützt Kleinbauern und -bäuerinnen, die von Landnahmen betroffen oder bedroht sind, bei der Sicherung ihrer Landrechte. Durch die Kartierung von Gewohnheitsrechten wird eine Diskussionsbasis geschaffen, welche es den Betroffenen ermöglicht, ihre Rechte im Aushandlungsprozess mit Behörden oder Investoren zu vertreten. Dazu nutzt Space2Live moderne Kommunikationsmittel und Methoden der Landvermessung, z.B. Smartphone-Apps und einfache Kartierungs-Software, und organisiert Schulungen für Betroffene und lokale NGOs. So finden lokale Partner weltweit Unterstützung, um mit öffentlich verfügbaren, kostenfreien Satellitendaten und GPS gewohnheitsrechtliche Landnutzung zu kartieren – und zwar mit Hilfe freier und vor Ort anwendbarer Kartierungs- und Vermessungsmethoden.

Die Einfachheit der verwendeten Methodik gewährleistet die Reproduzierbarkeit und globale Anwendbarkeit. In der Konsequenz werden lokale kommunale Strukturen – auch marginalisierte Bevölkerungsgruppen – und kleinbäuerliche Dorfgemeinschaften gestärkt und die Demokratisierung durch Partizipation und Wissenstransfer vorangetrieben. Die Visualisierung und Dokumentation gewohnheitsrechtlicher Landnutzung sowie von Landkonflikten für die globale Zivilgesellschaft kann als Beitrag für eine gerechtere Welt gesehen werden.

Space2Live hat bereits in mehreren Ländern Kartierungsprojekte initiiert und erfolgreich umgesetzt. 2011 startete der Verein mit einem ersten Projekt in Sambia. Weitere Initiativen, Schulungen und Studien in Indonesien, Senegal, Indien und Uganda folgten. Besonders erfolgreich ist eine seit 2015 laufende Kooperation mit der Tamil Nadu Land Rights Federation (TNLRF) im südlichen Indien.

Sicherung von Panchami Lands in Tamil Nadu, Indien

Indien ist seit jeher von einer Kastengesellschaft geprägt. Landbesitz ist eine Frage der gesellschaftlichen Stellung. Die Dalit People, übersetzt „die Unantastbaren", gehören keiner Kaste an, wodurch sie in der sozialen Rangordnung ganz unten stehen und Benachteiligungen und Diskriminierung besonders ausgesetzt sind; Landnahmen durch bessergestellte Kastenmitglieder stehen auf der Tagesordnung. Dabei gehören den Dalit People offiziell weite Flächen an Land. Noch durch die Britische Kolonialverwaltung wurden den Dalits Ende des 19. Jahrhunderts rund 202.000 Hektar Land alleine im Bundesstaat Tamil Nadu zugewiesen. Diese Flächen, bekannt als „Panchami Lands", unterliegen strengen Regelungen. So können sie offiziell nicht an Nicht-Dalits verkauft oder verschenkt werden. Nichts desto trotz sind im Laufe der Zeit immer mehr Flächen durch Nicht-Dalits besetzt oder enteignet worden – oft auch mit erpresserischen Methoden. Durch ihre prekäre soziale Lage und politische Unterdrückung haben die Dalits kaum Möglichkeiten, sich gegen diese Landnahmen zu wehren.

Spätestens seit dem gewaltsamen Tod zweier Dalit-Mitglieder im Zuge einer friedlichen Demonstration gegen die Enteignungen im Jahr 1994 hat sich eine breite Protestbewegung der Dalits zur Rückgewinnung ihrer Ländereien formiert. Dalit-Gemeinschaften organisieren großangelegte Landbesetzungen und Verhandlungen mit Behörden. Rückenwind bekommen sie dabei durch die Tamil Nadu Land Rights Federation (TNLRF), ein regionaler Zusammenschluss von Dalit People mit dem gemeinsamen Ziel, Enteignungen zu stoppen bzw. rückgängig zu machen. Wenngleich die von den

Dalits organisierten Aktionen die Problematik der Landnahmen nach vielen Jahren aufs politische Parkett gebracht haben, fehlt den Dalits eine gültige Plangrundlage, um die Lage und Größe der enteigneten Länder zu beweisen. Zwar existieren in vielen Regionen noch Original-Pläne der ausgewiesenen Panchami Lands; diese werden jedoch meist von den Behörden unter Verschluss gehalten, um die bessergestellte Wählerschaft nicht zu verlieren.

TNLRF hat in einer Kooperation mit Space2Live begonnen, Panchami Lands mithilfe der Dalit People zu identifizieren, zu vermessen und in Plänen darzustellen. Das Wissen über die Panchami Lands ist innerhalb der Dalit Gemeinden über Generationen hinweg so weitergegeben worden, dass die Betroffenen sehr genaue Aussagen bezüglich der genauen Lage der Ländereien machen können. Seit 2016 hat Space2Live zahlreiche Trainings zu Kartierungs-Methoden und zu Vermessungs- und Kartierungsworkshops mittels Smartphone-Apps organisiert (in Indien ist der Besitz von Smartphones selbst in ländlichen Gebieten weit verbreitet). Die Teilnehmenden konnten dabei Fähigkeiten entwickeln, selbstständig Daten über ihr Land zu erfassen und diese in Karten aufzubereiten.

Über 10 Gemeinden verfügen mittlerweile über genaue Pläne der enteigneten Grundstücke. Die Karten nutzen sie in Verhandlungen dazu, eine behördliche Prüfung der traditionellen Landrechte zu erzwingen. Laut Indischem „Right to Information Act" sind Behörden in solchen Fällen verpflichtet, innerhalb von 30 Tagen alle rechtlichen Grundlagen zu beschaffen und öffentlich herauszugeben. Die Klärung der Landrechtsgrundlage nutzt den Dalit People, ihren rechtlichen Anspruch auf das reklamierte Panchami Land geltend zu machen. In mehreren Gemeinden haben Behörden bereits einer Rückübertragung der Panchami Länder an die Dalit Gemeinden zugestimmt – ein wesentlicher Erfolg für die unterdrückte Minderheit.

Es bleibt viel zu tun

Space2Live will seinen Beitrag für eine gerechtere Welt weiter ausbauen und setzt dabei stark auf Förderungen und Unterstützung durch Stiftungen, Organisationen und Privatpersonen. 2018 wirkt Space2Live in Kooperation mit dem deutschen Verein Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD) und dem Beratungsunternehmen Climatekos bei einem Programm zum Kapazitätsaufbau von fünf ugandischen NGOs mit, welche in Zentral, West- und Ostuganda in der Frauen- und Landwirtschaftsförderung tätig sind. Das Programm zielt darauf ab, die Organisationen und die Bevölkerung hinsichtlich des Klimawandels zu sensibilisieren und gemeinsam Strategien zur Klimawandelanpassung und Schadensbegrenzung zu finden. Mit Ausbildung und fachlicher Begleitung durch Space2Live sammeln lokale Organisationen klimarelevante Daten und Informationen, lokalisieren sie und bereiten sie visuell auf. Hierdurch sollen landwirtschaftliche Aktivitäten, welche den Klimawandel beeinflussen, aber auch die Auswirkungen des Klimawandels auf die Ernährungssicherheit sichtbar gemacht werden. Langfristiges Ziel ist ein stärkerer Dialog mit lokalen Behörden und die Umsetzung einer klimasensiblen und nachhaltigen Gemeindeentwicklung.

Weitere Informationen zum Verein sind auf www.space2live.org zu finden.

Lisa Vlasak, Lisa Polak, Hans Geißlhofer und Robert Sigmund

Prof. Dr. Joseph Stiglitz über Henry George und die Single Tax

„Ein Grundprinzip der Ökonomie besagt, dass es hocheffizient ist, Renten zu besteuern, weil solche Steuern keine Verzerrungen verursachen. ... Tatsächlich behauptete der bedeutende Reformer Henry George schon im 19. Jahrhundert, der Staat solle ausschließlich eine solche Steuer erheben. Heute haben wir erkannt, dass Renten viele Formen annehmen können – sie können nicht nur von Grundbesitz abgeschöpft werden, sondern auch vom Wert von Rohstoffen wie Erdöl, Gas, Erzen und Kohle. ... Eine hohe Besteuerung all dieser Renten würde nicht nur den Grad der Ungleichheit verringern, sondern auch Anreizen entgegenwirken, den Rent-Seeking-Aktivitäten nachzugeben, die unsere Wirtschaft und unsere Demokratie verzerren."

in: Der Preis der Ungleichheit – Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht, Berlin 3. Auflage 2012, S. 281-282.

BÜCHER

Jörg Bibow & Heiner Flassbeck
Das Euro-Desaster – Wie deutsche Wirtschaftspolitik die Eurozone in den Abgrund treibt

Frankfurt/M.: Westend Verlag, 2018. 240 Seiten.

Das Buch der Ökonomen und „Keynesianer" Jörg Bibow und Heiner Flassbeck ist ein Aufruf zum wirtschaftspolitischen Umdenken in der Eurozone und insbesondere in Deutschland bzw. ein Plädoyer gegen den „neoliberalen Mainstream", welcher empfiehlt, auf Krisen (z.B. Eurokrise) mit Sparen und Lohnzurückhaltung zu reagieren. Auf Basis einer durch internationale Statistiken (primär Eurostat und IWF) gestützten Analyse wird argumentiert, die deutsche Spar- und Lohnsenkungspolitik (auch die Hartz-Reformen werden hier erwähnt) sei Auslöser für die Wirtschaftsschwäche in der Eurozone und für das Auseinanderdriften der Euroländer bei hohen deutschen Handelsüberschüssen. Die derzeit gute deutsche Wirtschaftsentwicklung gehe gewissermaßen auf Kosten der Partnerländer. Die auch Neo-Merkantilismus oder „beggar-thy-neighbor-Politik" genannte deutsche Strategie, bei stabilen Wechselkursen Vorteile durch mehr „innere Lohn- und Preisdisziplin" zu erlangen, wurde den Autoren zufolge (z.B. S. 126f.) schon von Ludwig Erhard gezielt verfolgt.

Dabei wird in Deutschland die durch niedrige Löhne und staatliche Sparpolitik entstehende Nachfragelücke durch hohe Exporte geschlossen, also dadurch, dass der Rest der Welt mehr deutsche Güter nachfragt. Das Ausland muss aber den deutschen Exportüberschuss bezahlen und sich dafür bei uns verschulden. Dieses Ungleichgewicht kann in der Eurozone nicht durch Währungsanpassung beseitigt werden. Für die Europartnerländer ist daher die Situation besonders ungünstig: hier fehlt Nachfrage, die Arbeitslosigkeit ist hoch und die Eurozone wird insgesamt zur (Schulden-)Falle, was – den Autoren zufolge – langfristig eine Transferunion erzwingt. Ein Sekundärproblem dieser Entwicklung betrifft den Bankensektor in den Krisenländern: in der Dauerkrise untergraben notleidende Kredite die Profitabilität und Solvenz von Banken, die sich auf die Kreditvergabe an Unternehmen konzentrieren. Solche Banken beschränken dann die Vergabe neuer Kredite, was die Wirtschaftsentwicklung weiter belastet. Keynesianische Nachfragebelebung ist in Eurokrisenländern schwer: steigende Staatsausgaben sind gemäß Stabilitäts- und Wachstumspakt nur begrenzt möglich. Steigende Löhne führen bei deutscher Lohnzurückhaltung zum Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Umgekehrt verschärfen „neoliberale" Anpassungsprogramme (staatliche Sparpolitik und Lohnzurückhaltung, um lohnkostenbezogen wettbewerbsfähig zu werden) in den Eurokrisenländern die Nachfragelücke. Auch ein vermehrter Export in den Rest der Welt (= euroweite Ausweitung des „deutschen Modells") ist nur begrenzt möglich. Der Rest der Welt ist erkennbar wenig geneigt, europäische Überschüsse aufzukaufen.

Den Autoren zufolge sind vor diesem Hintergrund nicht die Eurokrisenländer das Problem, sondern Deutschland, welches sich auf Kosten anderer Länder saniert. Hinzu kommt: würden Euro-Partnerländer durch Lohnsenkung „intern abwerten", bis der Lohnkostennachteil gegenüber Deutschland ausgeglichen ist, könnte Deutschland seinerseits durch neue „innere Disziplin" (sprich: durch erneut stärkere Lohnzurückhaltung) reagieren. Die Folge wäre eine deflationäre Abwärtsspirale bei weiter hohen deutschen Handelsüberschüssen. Europa hätte weiterhin unausgewogene Finanzströme und fragile Gläubiger-Schuldner-Beziehungen.

Demzufolge plädieren die Autoren zum einen für eine (wie immer organisierte) Aufgabe der Lohnzurückhaltung, zum anderen aber insbesondere für eine Umgestaltung der Euro-Währungsunion nach dem Vorbild der USA (S. 207ff.). Diese ist – anders als Europas Währungsunion – zugleich eine Fiskalunion. Dieser Umstand halte, so die Argumentation, Amerikas Währungsunion zusammen, stabilisiere Amerika als Ganzes und führe auch bei regional asymmetrischen Schocks einen stabilisierenden Ausgleich herbei – und zwar „automatisch" durch Bundesinstrumente wie Einkommensteuer und Sozialversicherungs-

system. Staaten, die sich in einer Rezession befinden, zahlen demnach automatisch weniger, Staaten, die boomen, automatisch mehr als sie bekommen. Dabei finde implizit auch eine Umverteilung von reicheren an ärmere Staaten statt. Eine wirksame Schuldenbremse bestehe nur auf Ebene der US-Bundesstaaten, nicht aber auf zentraler Ebene, so dass die Zentralregierung auch antizyklisch steuern könne. In der Eurokrise habe dagegen niemand gegengesteuert, als sich einige Mitgliedsstaaten tiefer in die Krise gespart hatten. Auch die EZB habe sich konjunkturpolitisch bis 2014 eher zurückgehalten. Sie kann ja keine Eurobonds kaufen (die FED kauft nur Bundestitel) und steht beim Ankauf nationaler Staatstitel sofort in Verdacht, Fiskalpolitik zu betreiben bzw. bestimmte Länder monetär zu finanzieren. Aus Sicht der Autoren ist insofern die fehlende Fiskalunion das zentrale Konstruktionsproblem der Euro-Währungsunion.

Die Autoren schlagen vor diesem Hintergrund die Einführung einer „minimalistischen Fiskalunion" vor – und zwar durch Errichtung eines Euro-Schatzamts, welches gemeinsame Steuern erheben und gemeinsame Schuldtitel emittieren darf. Konkret würde das Amt regelgebunden künftige öffentliche Investitionen der Eurozone durch Schatzamt-Anleihen finanzieren. Bestehende Staatsschulden würden dabei nicht vergemeinschaftet. Das Schatzamt würde Investitionszuschüsse, z.B. nach BIP-Anteilen, an die Regierungen der Mitgliedstaaten verteilen, insofern entstünde dadurch keine Transferunion. Die Mitgliedstaaten könnten vielmehr ihre Altschulden zurückfahren. Die EZB könnte auf dem Markt für Schatzamt-Anleihen rechtssicher geldpolitisch intervenieren (wie es in den USA seit ca. 100 Jahren funktioniert). Das Steuererhebungsrecht des Euro-Schatzamtes wäre auf Einnahmen zur Bedienung der Zinsen auf die gemeinsamen Schulden und zur Stabilisierung der Schuldenquote auf dem Zielniveau zu begrenzen.

Ein weiteres Reformthema ist für Bibow & Flassbeck die Bankenunion. In Amerika reißen große Bankenpleiten nicht einzelne Bundesstaaten in eine Krise (wie in Europa z.B. Irland und Spanien). Verantwortlich sind dort Zentralregierung bzw. Zentralbank. Eine „wahre" europäische Bankenunion bräuchte den Autoren zufolge somit eine gemeinsame Einlagensicherung – und die EZB sollte anstelle der nationalen Zentralbanken als Retterin der letzten Instanz bei Bankenkrisen agieren. Man müsse auch eine gemeinsame fiskalische Deckung des integrierten Bankensystems schaffen; für die Autoren eine weitere Begründung für die Forderung nach einer eurozonenweiten Fiskalunion.

Die vorgelegten Analysen erscheinen stimmig und die Lösungsvorschläge mit Blick auf amerikanische Erfahrungen umsetzbar. Die Umsetzung würde per Saldo freilich doch zu einer hierzulande oft problematisierten Transferunion führen, auch wenn die Autoren das nicht so nennen. Daher ist die politische Umsetzbarkeit unklar. Ob nämlich automatische europäische Transfersysteme ohne Diskussion oder Streit etablierbar sind (wie die Autoren es auf S. 215 für die USA schildern), mag man – etwa mit Blick auf den deutschen Länderfinanzausgleich – bezweifeln. Gerade in Deutschland wären Widerstände zu erwarten, wenn Deutschland mit Blick auf Steuern an das Schatzamt und zurückfließende Investitionszuschüsse zum Nettozahler würde. Auch das generelle Thema der Staatsschulden sehen viele kritischer als die Autoren. An dieser Stelle hätte ein Hinweis auf das Potenzial eines Vollgeldsystems gepasst, welches den Euro-Staaten Geldschöpfungsgewinne zuweist, in den Dienst einer eurozonenweiten Stabilisierung gestellt werden könnte und zugleich weniger einer problematischen Wachstumslogik folgen müsste. Bei der Forderung nach Aufgabe der Lohnzurückhaltung bleibt unklar, wie dies zu organisieren ist: sollen die Tarifpartner anders agieren? Soll der Staat helfen, etwa durch Senkung der Mehrwertsteuer? Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die für die keynesianische Theorie typische Vernachlässigung von Struktureffekten. So beruht der deutsche Exporterfolg eventuell nicht nur auf Lohnzurückhaltung, sondern z.B. auch auf dem System der dualen Berufsausbildung, welches – besser als in anderen Ländern – die von der Exportindustrie benötigten Facharbeiter hervorbringt. Ein eher formaler Punkt: Das Buch ist teilweise im Stil eines makroökonomischen Lehrbuchs geschrieben und setzt VWL-Grundkenntnisse voraus. Es ist

dennoch insgesamt zur Lektüre nachdrücklich zu empfehlen. *Johann Walter*

Kate Raworth
Die Donut-Ökonomie – Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört

München: Carl Hanser Verlag München 2018. 413 Seiten.

Kate Raworth (geb. 1970) ist eine Ökonomin, die in Cambridge und Oxford lehrt. 2017 veröffentlichte sie „The Doughnut Economics – Seven Ways to Think Like a 21st-Century", das 2018 als deutsche Übersetzung im Hanser Verlag erschien. Es handelt sich um einen Gegenentwurf zur gängigen Volkswirtschaftslehre. Es werden Bedingungen für eine nachhaltige Entwicklung formuliert. Es soll eine Revolution der Wirtschaftswissenschaften geben. Die ökonomische Theorie soll in Gesellschaft und Natur eingebettet werden. Mit dem Donut-Modell soll dies gelingen. Der Donut-Ring wird als ‚sichere Zone' betrachtet, in die wir zurückkehren müssen. Dazu müssen wir den Klimawandel, den Verlust der Artenvielfalt, Rückgang der Ozonschicht und die Versauerung der Meere aufhalten. Nach Raworth erreicht man das nur, wenn man auch soziale Faktoren einbezieht wie etwa Gleichstellung, Bildung, politische Teilhabe, Nahrung und Gesundheit. Sie bilden das Fundament und die Begrenzung des Donut-Ringes. Kate Raworth will uns anleiten, wie wir unsere Haltung verändern und die Zukunft sichern können. Die Donut-Ökonomie will wachrütteln und eine praktische Bewegung auslösen. In 7 Kapiteln wird jeweils ein Weg aufgezeigt für das neue Denken im 21. Jahrhundert.

Erstens: Das Ziel verändern vom BIP zum Donut. Das Wachstum war lange Zeit das Ziel der Wirtschaftspolitik. Es hat soziale Ungleichheit und Umweltzerstörung forciert. „Für das 21. Jahrhundert brauchen wir ein wesentlich weiter reichendes Ziel. Wir müssen die Bedürfnisse eines jeden Menschen mit den Mitteln unseres lebensspendenden Planeten zu befriedigen suchen. Und dieses Ziel ist im Donut enthalten. Die Herausforderung besteht darin, Wirtschaftsordnungen aufzubauen – auf lokaler wie auf globaler Ebene –, die dazu beitragen, der gesamten Menschheit Zugang in den sicheren und gerechten Raum des Donuts zu ermöglichen." (S. 37) Der Donut wird als ein anzustrebendes ideales Ziel betrachtet mit gleichgewichtiger Ökonomie ohne Umweltzerstörung und gelösten Klimaproblemen.

Zweitens: Vom eigenständigen Markt zur Eingebetteten Ökonomie. Es ist an der Zeit, die Wirtschaft neu zu zeichnen und sie einzubetten in die Gesellschaft und in die Natur, die beide von der Sonne mit Energie versorgt werden. „Diese neue bildhafte Darstellung ermöglicht auch neue Narrative – über die Macht des Marktes, die Partnerschaft des Staates, die zentrale Rolle des Haushalts und die schöpferische Kraft der Gemeingüter." (S. 37)

Drittens: Die menschliche Natur pflegen und fördern. Vom rationalen ökonomischen Menschen zum sozial anpassungsfähigen Menschen. Raworths Kritik am Homo oeconomicus lautet: „Doch die menschliche Natur ist wesentlich reicher und vielfältiger, wie bereits erste Skizzen unseres neuen Selbstbildnisses zeigen. Wir sind sozial veranlagt, bemühen uns um Annäherung, verändern unsere Werte und sind abhängig von der lebendigen Welt. Darüber hinaus ist es durchaus möglich, die menschliche Natur in einer Weise zu fördern und zu entwickeln, die uns wesentlich größere Chancen eröffnet, in den sicheren und gerechten Raum des Donut zu gelangen." (S. 40)

Viertens: Systemisches Denken lernen – vom mechanischen Gleichgewicht zur dynamischen Komplexität. „Es ist an der Zeit, dass wir aufhören, nach den trügerischen Steuerungshebeln der Wirtschaft zu suchen, und endlich damit beginnen, die Wirtschaft als ein in stetiger Weiterentwicklung begriffenes komplexes System aufzufassen." (S. 40)

Fünftens: Verteilungsgerechtigkeit anstreben. „Das bedeutet, dass man über die Verteilung von Einkommen hinausgeht und Möglichkeiten einer Umverteilung von Vermögen erforscht, insbesondere von Vermögen, das auf Beherrschung von Land und Unternehmen, von Technologie und Wissen und auf der Macht der Geldschöpfung beruht." (S. 41) Die Macht des Geldes soll mittels der Freigeldlehre von Silvio Gesell einge-

schränkt werden. „Die Idee eines ‚Schrumpfgeldes' mag zunächst absonderlich und undurchführbar erscheinen, hat sich jedoch in der Vergangenheit als durchaus praktikabel erwiesen. Freigeld dieser Art wurde in den 1930er Jahren in Deutschland und Österreich im Rahmen einzelner regionaler und stadtbezogener Komplementärwährungen erfolgreich eingesetzt, um die lokale Wirtschaft anzukurbeln, und es wäre 1933 beinahe auch in den USA eingeführt worden. In allen Fällen unterbanden die nationalen Regierungen jedoch diese Freigeld-Experimente nach einiger Zeit, denn sie fühlten sich augenscheinlich bedroht durch den Erfolg dieses Modells und durch den Verlust des staatlichen Monopols der Geldschöpfung." (S. 329 f.)

Sechstens: Statt Umweltverschmutzung regeneratives Wirtschaften. „Im neuen Jahrhundert brauchen wir ein ökonomisches Denken, das eine regenerative Ausrichtung fördert, um eine zirkuläre – keine lineare – Wirtschaft zu ermöglichen und die Menschen als gleichberechtigten Teilnehmer in die zyklischen Lebensprozesse der Erde einzubinden." (S. 41)

Siebtens: Eine agnostische Haltung zum Wachstum einnehmen. „Unsere heutigen Volkswirtschaften benötigen Wachstum unabhängig davon, ob es den Menschen nutzt. Wir brauchen aber eine Wirtschaft, die den Menschen nutzt, unabhängig davon, ob sie wächst oder nicht." (S. 42) Diese sieben Denkansätze sollen in den kommenden Jahren in der Praxis zusammengeführt werden. Sie sind nicht als unmittelbare politische Handlungsanweisungen zu verstehen.

Das Buch ist gut lesbar und fasst die wachstumskritische Position der letzten Jahre glänzend zusammen. Dies ist für den englischsprachigen Kulturraum besonders wichtig, da hier eine fachliche Lücke vorhanden war. Besonders hervorzuheben sind die Ausführungen zur Verantwortung der Ökonomie für alle Menschen und Regionen sowie die Abkehr von einseitigen Ökonomiepositionen, einschließlich der Kritik am Homo oeconomicus. Lesenswert sind die Hinweise zu den finanziellen Anreizen in der Ökonomie. Hier werden Beispiele erwähnt, die zeigen, dass intrinsische Motivation und Überzeugungen meist die bessere Lösung sind als neoklassische Geldzahlungen. Die Donut-Metapher taucht überall auf, es handelt sich um eine clevere (nervige) Marketingformulierung für eine politische Kampagne. Es fehlt manchmal ein abwägendes Denken in Zielkonflikten, ökonomischen Dilemmata und Paradoxien. Es wird nicht aufgezeigt, wie der Idealzustand in einer Welt voller Gegensätze und Konflikte erreicht werden kann. *Helmut Woll*

Andrew Sayer
Warum wir uns die Reichen nicht leisten können

München: Verlag C.H. Beck, München 2017. 477 Seiten.

Man muss wohl im Mutterland des Kapitalismus beheimatet sein, die globalen Machtzentralen von City of London und der Wall Street kennen und die Folgen der Erderwärmung durch den praktizierten Raubtierkapitalismus vor Augen haben, um solch ein Buch zu schreiben, das mit dem Resümee endet: „Wir müssen uns zwischen kapitalistischem Wachstum und dem Planeten entscheiden. Beide können wir nicht retten." (S. 429)

So ist Andrew Sayer, Professor für Sozialwissenschaften und Politische Ökonomie an der Lancaster Universität in Großbritannien zu danken, dass er in diesem Buch das Verhältnis von Ökonomie und Moral und die Folgen der Ungleichheit für eine demokratische Gesellschaft untersucht und zu dem Schluss kommt: „Die Reichen sind größtenteils reich auf Kosten anderer" (S. 36), weil ihr größter Reichtum unverdient ist. So untersucht Professor Sayer, aus welchen Quellen die Reichen ihren Reichtum und ihre Macht speisen, und fragt nach der Legitimität ihres Reichtums, der größtenteils aus Vermögen und nicht aus verdientem Einkommen stammt. Beeindruckend ist die Sachlichkeit dieses Buches, das sich allein auf Fakten und Argumente stützt und keinen kämpferischen Klassenhass gegen die Reichen propagiert, sondern ihnen im Gegenteil die Augen öffnen will für ihren unverdienten Reichtum, der eigentlich der Allgemeinheit gehört. Stattdessen weist der Autor nach, dass die reiche Klasse selbst den Klassenkampf angezettelt hat, indem er Warren Buffet, einen der reichsten Männer der Welt zitiert: „Es herrscht

Klassenkampf, in Ordnung, aber es ist meine Klasse, die Reichen, die diesen Kampf führt, und wir sind dabei, ihn zu gewinnen." (S. 8 + 341)

Das Bemerkenswerte an der heutigen Rückkehr der Reichen, der neuen Plutokratie, ist aber für den Autor „das Fehlen jedes offenen Widerstandes, ja die merkwürdige Billigung von Sparpolitiken für die 90 % (der Bevölkerung) – und das nach Jahren, in denen Gruppen mit niedrigen und mittleren Einkommen Reallöhne wie Sozialleistungen sinken sahen und den Niedergang des Dienstleistungssektors erleben mussten." (S. 344)

So will Andrew Sayer auch den Unterdrückten die Augen öffnen und sie aus ihrer Lethargie herausrufen. Deshalb behandelt er im ersten Teil seines Buches die wichtigsten Methoden, wie man Reichtum am besten abschöpfen kann. „Die drei klassischen Mechanismen des Abschöpfens von Reichen sind Mieten und andere ökonomische Renten, Zinsen und Gewinne aus Unternehmensbesitz." (S. 44) Aber auch unverdientes Einkommen, das abgeschöpft wird, gehört hinzu (Vermögenseinkommen von Grundstücken, Immobilien oder Betriebsmittel, das andere nicht besitzen, aber brauchen, so dass man ihnen seine Nutzung in Rechnung stellt.). Obwohl dies allgemein als rechtens angesehen wird, ist es unmoralisch. So bezieht sich der Autor auf den in Deutschland weithin unbekannten christlichen Sozialisten R. H. Tawney, der schon 1929 sagen konnte: „Ein Mann, der von seinem Besitz lebt ohne zu arbeiten, zehrt zwangsläufig vom Fleiß eines anderen und ist darum ein Luxus, der zu kostspielig ist, als das man dergleichen noch unterstützen sollte." (S. 60)

Als Beispiel dient Andrew Sayer das Bild der teuersten Straßen Londons. Ein Drittel der Häuser stehen dort leer. Die Häuser gehören reichen Ausländern, die damit zu Hause Steuern sparen und zufrieden zuschauen, wie in London die Immobilienpreise durch die Decke gehen. Während die soziale Ungleichheit im Land immer größer wird, ist der Reichtum der Reichen weltweit förmlich explodiert. Die Ursache dafür sind aber die dysfunktionalen Mechanismen des Marktes, die es den 1 % der Superreichen ermöglichen, durch die Kontrolle von Eigentum und Kapital jenen Wohlstand abzuschöpfen, den andere produziert haben. Eine demokratische Gesellschaft kann sich aber diese Art von Reichtumsaneignung nicht länger leisten, weil damit Demokratie und solidarisches Leben zerstört wird.

Wie diese Abschöpfung der Reichen auf verschiedenen Ebenen funktioniert, beschreibt der Autor präzise in den weiteren Kapiteln. So weist er im zweiten Teil nach, dass ein Großteil unseres Wohlstandes früheren Generationen geschuldet ist, der uns nicht privat gehört (s. auch Grundgesetz der BRD § 14,2: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen."), sondern auch zukünftigen Generationen. Im dritten Teil arbeitet er die Methoden heraus, wie die Reichen reicher werden, im vierten Teil die „Herrschaft der Reichen für Reiche" und im fünften Teil geht er auf die katastrophalen Folgen der privaten Abschöpfung der Reichen ein, die uns die Erderwärmung mittelbar beschert haben; denn die wohlhabenden „ 7 % der Weltbevölkerung sind allein für 50 % des Ausstoßes von Treibhausgasen weltweit verantwortlich." (S. 371)

Wie aber können sowohl die sozial-ökonomischen Ungerechtigkeiten als auch die ökologische Zerstörung unserer Umwelt durch unverantwortliche Ressourcenvernichtung eingedämmt und gezähmt werden? Andrew Sayer meint deshalb: Wir brauchen „Ressourcen, um Möglichkeiten zu schaffen und Fähigkeiten auszubilden, aber die Änderung, die es braucht, sind nicht allein wirtschaftlicher Art, sondern erfordern eine Neuorganisation unserer Lebensweise und unserer Art, mit den Dingen umzugehen, ebenso wie eine Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse." (S. 394 f.) Deshalb fordert der Autor: „De-Globalisierung ist es, was wir für eine nachhaltige Zukunft brauchen." (S. 378) So ist es nicht damit getan, die Reichen zu besteuern und ihren Wohlstand zugunsten des Rests der Weltbevölkerung umzuverteilen. „Wir müssen die Quellen ihres Reichtums selber trocken legen." (S. 399) Einige Schritte, die heute schon möglich und notwendig wären, nennt Andrew Sayer. Sie werden aber bei den Reichen nicht unbedingt auf Resonanz stoßen:

- Verstaatlichung von Land- und Bodenschätzen bzw. Besteuerung der Grundrente durch Boden-

wertsteuer; Neuregelung der Patentrechte, um das Gemeinwohl zu fördern; Mitspracherecht der Arbeiter und Angestellten bei Geschäftsplänen von Unternehmen; Verstaatlichung großer Energiekonzerne; statt Plutokratie wirkliche Demokratie auch in der Wirtschaft.

- Keine Aktien; Kredite nur für produktive Investitionen; Null-Zins auf Sparguthaben; Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken; Finanztransaktionssteuer; Einführung von internationalen Bankendatenaustausch; progressive Vermögenssteuer; Erbschaftssteuer auf Nachlässe von mehr als 50.000 Pfund; höherer Mindestlohn bei gleichzeitiger Festsetzung eines Höchstlohnes; Finanzierung von Renten durch Steuern.

Aus all diesen Schritten und anderen, die Andrew Sayer noch aufzählt, geht hervor, dass der Autor sein Buch nicht als Manifest, sondern als einen „Beitrag zum Nachdenken über unsere Gegenwart und Zukunft" ansieht, den es im Leben umzusetzen gilt. Zusammenfassend bringt er es abschließend auf den Punkt, was ihn und auch uns heute umtreiben soll: „Das Problem, um das es mir in erster Linie ging, ist das der Reichen. Der Kampf für den Wandel muss an vielen Fronten geführt werden, und ein nicht zureichender, aber notwendiger Schritt in dieser Richtung ist es, die Reichen zur Verantwortung zu ziehen, ihr Einkommen als unverdient und ihre Macht als eine zu entlarven, die ihnen nicht zusteht und so undemokratisch wie ausbeuterisch ist. Solange das nicht hinlänglich bekannt ist ..., solange haben wir keine Chance, die Dinge zum Besseren zu wenden." (S. 419)

Dass dabei Andrew Sayer sich auch bewusst auf Papst Franziskus beruft, stimmt hoffnungsvoll. Denn der Papst schreibt in seiner Enzyklika „Laudato si" nicht nur, dass die augenblickliche Wirtschaft tötet, sondern auch, wie es der Autor zitiert, „die Menschheit wird einsehen müssen, dass Veränderungen des Lebenswandels, der Produktion und der Konsumption unerlässlich sind", um der globalen Erderwärmung Einhalt zu bieten und unseren Planeten zu retten. (S. 422)

So ist Andrew Sayers Buch tatsächlich eine große Einladung an alle Willigen, die eine gerechte Welt und eine nachhaltige Lebensweise für alle wünschen und an dieser Veränderung sich beteiligen! *Christoph Körner*

Ann Pettifor
Die Produktion des Geldes – Ein Plädoyer wider die Macht der Banken

Hamburg: Hamburger Edition, 2018. 229 Seiten.

Das Buch handelt von der durch Arbeitslosigkeit und steigende Ungleichheit gekennzeichneten anhaltendenden Krise als Ausdruck eines ungenügend gesellschaftlich regulierten Geld- und Bankwesens. Der global agierende Finanzsektor habe eine hegemoniale und despotische Macht über die Wirtschaft und andere Bereiche der Gesellschaft erreicht. Es werden konkrete Reformvorschläge gemacht, die in einer „regulatorischen Demokratie des Finanzsystems" münden sollen. Damit wird an die Denkart von Karl Polanyi angeknüpft, wonach laut Pettifor ein von der Realwirtschaft abgekappter Finanzsektor eine der Wirtschaft und Gesellschaft dienende Funktion (zurück)erhalten soll und damit zum „öffentlichen Gut" werden soll. Dabei liegt ein Fokus auf der Kritik der Kreditgeldschöpfung durch Geschäftsbanken, wobei Pettifor's Reformvorschläge nicht die Kreditgeldschöpfung an sich angreifen, sondern auf eine weitere Demokratisierung abzielen. Das Buch richtet sich an ein breites Publikum und erscheint ohne tiefere Vorkenntnisse gut lesbar.

Im Genre der populärwissenschaftlichen Literatur zum Komplex Finanzkrise, Geldwesen und Reformen sticht das Buch durch mindestens drei Vorzüge heraus: realistische Normen und systemischer Zugang, solide Theoriebasis sowie beachtliche Kenntnis der Dogmengeschichte und Geldreformdebatten.

Erstens spinnt Pettifor keine Utopien mittels naiver Menschenbilder oder unhaltbarer Institutionen. Ihre normativen Überzeugungen und ihr Problemhorizont sind im Text expliziert und abgesteckt, sodass sie zur überzeugenden Einschätzung kommen kann: „Wir brauchen keine gesellschaftliche Revolution. [...] Wir müssen die Geldpolitik reformieren und neu justieren." (S. 218) Auch wenn die Problemstellung und Wortwahl manchmal wie eine Hetzjagd gegen

Banker bzw. die „sich über nationale Werte hinwegsetzende Finanzelite“ anmutet, so verfolgt sie keinen personalisierenden, sondern einen systemischen Ansatz. Die Macht der Banken zur Geldschöpfung und Bestimmung des Zinssatzes bzw. die Macht des Finanzkapitals zur Erpressung der Politik speise sich aus einer bereitgestellten Infrastruktur bestehend aus Zentralbank, Rechtssystem und Wirtschaftspolitik.

Zweitens handelt es sich um eine theoriebasierte Analyse, die sehr anschlussfähig an aktuelle (heterodoxe) Forschung ist. Geld ist kein zirkulierender Bestand. Geld wird sehr deutlich als Kredit verstanden und Kreditvergabe ist die Vorbedingung für ökonomische Aktivität und Sparen. Ihre Positionen zum Multiplikatormodell oder zur Mindestreserve kann man ebenso nur teilen.

Drittens nutzt Pettifor auf beachtliche Weise die Dogmengeschichte sowie deren politökonomischen Kontexte. Die Kenntnis der Ideengeschichte erlaubt validere Bewertungen der Theorie sowie deren Interaktion mit der Praxis der (Geld)Politik. Sie wirbt stark für das Wiederentdecken von Keynes und zeigt zum Beispiel, wie die Keynes’sche Theorie als verantwortlich für Staatsverschuldung und Inflation in den 1970ern desavouiert wurde, um Deregulierung zu legitimieren. Ein zentraler Vorwurf richtet sich daher gegen die Mainstream-Ökonomie, welche Geld als neutralen Schleier einer Tauschwirtschaft lehre und damit die Funktion der Desinformation und Aufrechterhaltung der Ausbeutung der Massen durch eine Elite legitimiere und absichere.

Mit scharfen aber treffsicheren Worten weist Pettifor auf die Gefahren der Neuauflagen der Theorie der exogenen Nettogeldmenge hin, die sich in vielen aktuellen Geldreformkonzepten versteckt. Während der Monetarismus sich auf die regelgebundene staatliche Geldausgabe konzentrierte und das Handeln der Geschäftsbanken vernachlässigte, weisen BefürworterInnen des Vollgeldes („Positive Money“ auf der Insel) in der Problemwahrnehmung zwar Fortschritte auf; vielfach führen sie jedoch „in eine intellektuelle Sackgasse“. (S. 138) Pettifor kritisiert das (vielen Reformvorschlägen gemeinsame) Element der technokratischen Bestimmung der Geldmenge durch die Zentralbank als „Schritt auf dem Weg in eine Autokratie“. (S. 153) Sie möchte auch Regierungen am Steuer der Geldschöpfung sehen und dabei das aktuelle Prinzip der Geldschöpfung von „unten nach oben“ beibehalten. Zudem ist „schuldenfreies Geld ein Oxymoron. Schuldenfreies Geld gibt es nicht.“ (S. 157) Wie wahr!

Das ist also Pettifor’s zentrale Botschaft an GeldreformerInnen: Die Kreditgeldschöpfung ist eine Errungenschaft für Fortschritt, Gleichheit und Demokratie, da sie den allgemeinen Kreditzugang ermöglicht und persönliche Abhängigkeiten auflöst. (S. 28) Gleichwohl ist dessen aktuelle Ausgestaltung dysfunktional und erlaubt Ausbeutung durch eine Finanzelite. Um den „offshore-Kapitalismus wieder onshore“ zu bringen, schlägt Pettifor eine Reihe von Reformen vor, die für sich genommen alle relativ bekannt sind, aber eben politischen Willen zur Regulation verlangen: Abschreibung von Schulden (was im Nachgang der Krise unterblieb und daher die wirtschaftliche Entwicklung behindert); Schulden- ober- bzw. Beleihungsgrenzen zur Eindämmung von Spekulation; Kapitalverkehrskontrollen (Besteuerung) zur Eindämmung von Kapitalbewegungen; sowie Lenkung der Zinssätze bzw. Kreditvergabe (niedrige Realzinsen über das ganze Fristigkeitsspektrum hinweg; hohe Zinsen für Spekulationskredite).

Abschließend möchte ich den letzten Punkt „Zinssätze“ kritisch reflektieren: Pettifor bewegt sich im engeren Problemkreis der Funktionsweise des Finanzsystems inkl. Kreditgeldschöpfungsmechanismus, Bankbilanzierungsregeln und Schattenbanken. Die wiederholte Behauptung, dass Geschäftsbanken ganz unabhängig von Zentralbankpolitik und Marktgeschehen beliebig die Zinssätze bestimmen, entbehrt einer marktheoretischen Bestimmung von Leitzinsen und Zinsstruktur. Dies ist verwunderlich, da Keynes sehr hochgehalten wird und das Stichwort Liquiditätspräferenz auch vereinzelt fällt. Die Rolle von Liquiditätspräferenz, Sparquoten und effektiver Gesamtnachfrage erscheint bei Pettifor jedoch nicht in die Problemstellung integriert. Auch die Möglichkeit zur Vermögenshaltung in Form von Boden (bzw. Sachvermögen im weitesten Sinne) als Bestimmungsfaktor der Zinssätze wird nicht

angesprochen. Negativzinsen auf Staatsanleihen werden kurz als „groteske Entwicklung“ (S. 196) angesprochen, ohne dies als mögliche Variable für Stabilität und Vollbeschäftigung zu diskutieren. Vor diesen Hintergründen bleibt die Forderung einer Kreditschöpfung im Interesse der Gesellschaft mittels politisch gesetzter niedriger Realzinsen noch eine eklektische Leerformel. Die fachliche und historische Kompetenz, sachliche Analyse sowie die konstruktiven Reformvorschläge machen das Buch dennoch lesenswert vor allem für LeserInnen ohne tiefere ökonomische Vorbildung. Eine packende fokussierte Botschaft kann man jedoch nicht mitnehmen.

Ferdinand Wenzlaff

Susanna Fassbind
Zeit für Dich – Zeit für mich: Nachbarschaftshilfe für Jung und Alt

Zürich: Verlag rüffer & rub visionär, 2017. 199 Seiten.

Die wohl größte soziale und finanzielle Herausforderung – auch in einem reichen Industrieland wie der Schweiz – stellt die Altersvorsorge dar. Soll dieses Problem ohne übermäßige Belastung der jüngeren Generation gelöst werden, kommt das der sprichwörtlichen Quadratur des Kreises nahe. Doch vier Schweizerinnen traten mit einer gehörigen Portion an Pioniergeist und eidgenössischem Gemeinsinn, mit Mut und Ausdauer dieser Aufgabe entgegen. Sie dachten groß und zukunftsweisend und gründeten im Oktober 2011 den Verein KISS (Keep it Simple and Small).[1] Vereinsziel ist der Aufbau einer vierten, geldfreien Säule der Alterssicherung mit Hilfe von Sozialgenossenschaften. Die Kernidee klingt einfach: Zeitgutschriften für Jung und Alt. In ihrem Buch „Zeit für Dich – Zeit für mich“ berichtet Susanna Fassbind eine einzigartige Erfolgsgeschichte, denn mittlerweile arbeiten landesweit 11 Genossenschaften und mehrere Fördervereine. Weitere Genossenschaften sind im Aufbau begriffen.

Die Autorin beginnt mit einer Rückschau. Sie bedenkt ihre eigenen Beweggründe, die sie die schwierige Anlaufzeit durchhalten ließen, und stellt fest, dass sie im persönlichen Erleben wurzeln. Etwa in der Einsicht, dass nur ganz neue Finanzierungsformen ein würdevolles Alter für alle ermöglichen werden.[2] Susanna Fassbind ist es sehr bewusst, dass der komplexe Problemkreis des Alters – mit zunehmender Veralterung der Gesellschaft, steigender Altersarmut und längeren chronischen Krankheiten, mit mangelnder Betreuung und quälender Vereinsamung alter Menschen – nicht mit herkömmlichen Mitteln aus Markt und Staat zu lösen ist. Deshalb sucht sie nach einem neuen Modell. Es soll einfach und alltagsgerecht sein und ohne große rechtliche, finanzielle oder organisatorische Vorkenntnisse den veränderten Werten ebenso Rechnung tragen wie den verschärften Gegensätzen des 21. Jahrhunderts. Dabei lässt sie sich von Ideen wie „Genossenschaft“, „Gemeingut“ und „Kooperationsbürger“, die in ihrem Heimatkanton Zug traditionell stark verankert sind, anregen.[3] Ferner beeinflusste sie das Zeitbanksystem, beispielsweise dasjenige in Freiburg im Breisgau.[4]

Susanna Fassbinds Antwort auf das Altersproblem mag in manchen Ohren utopisch, ja befremdlich klingen und ist doch so nahe liegend. Denn sie besteht in der Gründung von lokalen KISS Genossenschaften, welche dem landesweit arbeitenden KISS Verein angehören. Deren Konstruktion ist überraschend und europaweit einmalig: Nachbarschaftshilfe auf der Basis von ungedeckten Zeitgutscheinen, die einzig auf Vertrauen fußen. Und zwar – und das ist für die Autorin entscheidend – nicht auf wechselseitigem Vertrauen, wie bei einer Währung, sondern in Vertrauen auf das KISS Netzwerk und auf bleibenden zwischenmenschlichen Zusammenhalt. Susanna Fassbind schreibt dazu: „Es werden also Materialien und Leistungen nicht in Euro oder Franken aufgewogen und als Geldbetrag einberechnet. Mit KISS zeigen sich Mitmachende überzeugt, dass die Bereitschaft aller Generationen zur gegenseitigen Unterstützung auch in Zukunft erwünscht und tragfähig ist. Die Formen ändern, die Bereitschaft, die Grundhaltung bleibt, wie immer die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung sein wird.“[5]

Wegen fehlender Deckung werden die KISS Zeitgutscheine von den Behörden nicht als Geld eingestuft. Und dadurch wiederum lassen sich die Genossenschaften als gemeinnützige Sozial-

genossenschaften, die weder ein Geschäft betreiben noch auf Erwerb hin ausgerichtet sind, einordnen und bleiben unbesteuert. Susanna Fassbind nennt die Vorteile: Erstens vereinfacht sich der Verwaltungsaufwand ganz erheblich. Zweitens fallen deutlich weniger Kosten an. Und drittens können neben Senioren auch junge Menschen, die im Erwerbsalter stehen, ohne weiteres teilnehmen, da es sich um Gratisarbeit und nicht um eine sozialabgabenpflichtige Tätigkeit handelt. Und gerade diesen letzten Aspekt wertet die Autorin als besonders wertvoll, weil er, wie sie sagt, generationenverbindend, integrierend und gemeinschaftsfördernd wirke, weil er Begegnungen „auf einer Augenhöhe" ermögliche.[6]

In ihrem Buch erklärt Susanna Fassbind, dass die KISS Genossenschaften ausdrücklich nicht in Konkurrenz zu Krankenpflegediensten treten. Bei den angebotenen Leistungen geht es vielmehr um Hilfen und soziale Kontakte, welche die Arbeit von Pflegediensten sinnvoll ergänzen. Denn in den letzten Jahren wurde die Krankenpflege derart reglementiert, dass Kritiker von einer Stoppuhrpflege sprechen, welche alte Menschen zwar versorgt und sauber hält, aber den tatsächlichen Bedürfnissen nach Kontakt, Respekt und menschlicher Zuwendung nicht gerecht wird, schlimmer noch: gar nicht mehr gerecht werden kann.[7]

KISS Fördervereine sind neben dem KISS Verein und den KISS Genossenschaften der dritte Baustein des KISS Netzwerks. Sie arbeiten auf kantonaler Ebene und sorgen beispielsweise für die Anschubfinanzierung neu gegründeter Genossenschaften oder werben für politische und mediale Unterstützung. Ferner sprechen sie mögliche Förderer, Gönner und Stiftungen an sowie öffentliche Institutionen, die sich an der Finanzierung beteiligen könnten.

Wichtig ist auch der Hinweis Susanna Fassbinds auf die Verwaltungssoftware. Das anfänglich verwendete Open Source Programm 'Cyclos' erwies sich als zu kompliziert und schwerfällig in der Anwendung. Mittlerweile wird ein von der Firma Froodas AG speziell entwickeltes Datenverarbeitungsprogramm eingesetzt, das nicht nur einfach zu handhaben und intuitiv verständlich ist, sondern auch graphisch gut aufbereitete Daten liefert. Darüber hinaus bietet es eine hohe Auswertungsqualität. Diese ist für eine exakte Kostenverfolgung oder wissenschaftliche Auswertungen unverzichtbar. Daneben gestattet sie der öffentlichen Hand, das Sparpotenzial von KISS Dienstleistungen zu erfassen und transparent zu machen.

Während der erste Teil des Buches eher allgemein gehalten ist, beschreibt die Autorin im zweiten Teil detailliert das praktische Vorgehen bei einer KISS Genossenschaftsgründung. Sie geht auf Vorüberlegungen, mögliche Hürden und Schwierigkeiten ein und fügt in einem dritten Teil interessante Interviews und Erfahrungsberichte hinzu. Das Buch endet mit einem kurzen Ausblick auf die zukünftige Entwicklung. Geplant ist etwa die Gründung von jährlich 10 Genossenschaften bis zum Jahre 2019. Angedacht wurde auch die Weitergabe von Wissen, Material und Software im Rahmen eines noch aufzubauenden Social Franchise Systems. Und aktuell wird die Zusammenarbeit mit Unternehmen ausgebaut, welche regelmäßige Gratisarbeit ihrer Mitarbeiter im Sinne von Corporate Volonteering fördern.

Wie lässt sich das KISS Netzwerk nun aus ökonomischer Sicht einstufen? Aus tauschtheoretischem Blickwinkel handelt es sich um eine Kombination aus mehreren Tauschformen: Direkter Tausch – gleichzeitiges Geben und Nehmen – liegt vor, soweit der eine Hilfeleistung Annehmende auch selbst etwas gibt, beispielsweise zuhört, erzählt oder vorliest.[8] Hinzu treten Elemente einseitigen Tausches, wenn etwa Zeitgutscheine verschenkt werden. Werden hingegen Zeitgutscheine angespart und später selbst eingelöst, liegt eine bislang wohl noch nicht beschriebene Form eines zeitlich versetzten und einseitig verketteten Tausches vor: Leistung von Hilfe heute gegen Empfang von Hilfsleistungen von Dritten morgen oder übermorgen.

Aus geldtheoretischer Sicht stellt sich die Frage, ob es sich hier um eine Währung handelt. Dazu wird zunächst nach formalen Gesichtspunkten – wie Schöpfungstechnik, Schöpfungsinstitution, Geltungsbereich und Deckung – unterschieden. Danach folgt die funktionale Einordnung.

Bei den KISS Zeitgutscheinen handelt es sich weder um eine schuldenbasierte Währung noch um frei geschöpftes Fiatgeld, sondern um eine guthabengeborene Währung im Sinne von ‚positive money'. Die Schöpfung erfolgt dezentral durch jeden einzelnen Leistungserbringer; der Geltungsbereich ist nicht geographisch, sondern bezogen auf die jeweilige KISS Genossenschaft institutionell definiert. Bei der Schöpfung ist jeder Gutschein doppelt gedeckt, einerseits durch die erbrachte Leistung und andererseits durch Vertrauen. Allerdings muss das nicht notwendigerweise gegenseitig gelten, vielmehr wird das Vertrauen dem gesamten System entgegengebracht, obwohl das KISS Netzwerk keinerlei Einlösungsgarantien abgibt. Mit anderen Worten: Gedeckt im engeren Sinne ist jeder Gutschein zwar bei der Schöpfung, nicht aber bei der Einlösung. Das unterscheidet sie von jeder Landeswährung.

Prüft man KISS Zeitgutscheine auf die Rechen-, Tauschmittel- und Wertaufbewahrungsfunktion, so stellt man fest, dass Zeit die Recheneinheit begründet. Getauscht werden Zeiteinheiten, aber eben zeitlich versetzt und einseitig verkettet. Und wegen der fehlenden Einlösegarantie ist eine stabile Wertaufbewahrungsfunktion der Gutscheine nicht vorgegeben. Damit unterscheiden sich die KISS Zeitgutscheine auch funktionell von einer Landeswährung.

Im persönlichen Gespräch berichtet Susanna Fassbind von landes- und europaweit zunehmendem Interesse an den KISS Genossenschaften und erzählt von weiteren Plänen.[9] Denn sie arbeitet mit vielen Interessierten intensiv an der Fortentwicklung und Verbreitung des KISS Netzwerks und wünscht sich rege Aufmerksamkeit durch Wissenschaftler, Medienschaffende, politische Akteure und nicht zuletzt durch Unterstützer, Spender und Finanziers. Ich wünsche ihrem anregenden Buch lebhafte Beachtung und viele aufmerksame Leser und ihren zukunftsweisenden Ideen wachsende Verbreitung.

Eva-Maria Hubert

1 Informationen unter http://www.kiss-zeit.ch/index.php/einstieg-kiss.html

2 Im Hinblick auf Würde vergleiche Hüther, Gerald mit Uli Hauser (2018): Würde. Was uns stark macht – als Einzelne und als Gesellschaft, Knaus.

3 Fassbind, Susanna (2017a): Genossenschaften – Uralt und immer noch lebendig, in: Einsichten Nr. 5, Seite 10 f, Verlagszeitschrift, Rüffer & Rub, auch im Internet verfügbar https://issuu.com/einsichten/docs/einsichten_5 (abgerufen 18.6.2018).

4 Vergleiche etwa http://www.spes.de/index.php?id=63 (abgerufen 18.6.2018).

5 Siehe Fassbind, Susanna (2017b): Zeit für Dich – Zeit für mich, S. 91, rüffer & rub.

6 Vergleiche dazu auch Raworth, Kate (2017): Doughnut Economics – Seven Ways to Think Like a 21st-Century Economist, Penguin Random House.

7 Siehe dazu etwa den Beitrag von Maio, Giovanni (2012): Der Sinn des Alterns – Überlegungen jenseits des Fitnessimperativs, Manuskript zur Sendung am 24.6.2018, Reihe SWR2 Aula, S. 8, https://www.swr.de/-/id=21682588/property=download/nid=660374/8wo6fd/swr2-wissen-20180624.pdf, (abgerufen 25.6.2018).

8 Vergleiche Maio, Giovanni (2012), S. 6.

9 Persönliches Gespräch mit der Autorin am 21.4.2018 in Zug (Schweiz).

Christina von Hodenberg
Das andere Achtundsechzig – Gesellschaftsgeschichte einer Revolte

München: C.H.Beck Verlag, 2018. 250 Seiten.

Die Autorin ist deutsche Historikerin und Professorin an der Queen Mary University of London. Sie hat das Bild der Studentenrevolte in der BRD von 1968 aufgrund von erstmals ausgewerteten Quellen neu gezeichnet. Die Quellen sind Tonbänder und Mitschnitte sowie Akten einer „Bonner Längsschnittstudie des Alters" (Bolsa) und weitere Interviews mit „Erwachsenen mittleren Alters" aus dem Köln-Bonner Raum, aufgezeichnet in den Jahren 1967 und 1968, sowie Interviews aus 2005/06 mit Bonner Studenten, die sich in den Jahren 1967/68 politisch engagiert hatten. (S.16 f) Die Autorin macht die „privaten Beziehungen zwischen den Generationen und Geschlechtern greifbar". (S. 10) Das Buch wird durch hin und wieder eingestreute Erzählungen „fiktionaler Alltagshandlungen" (S. 202 Anm.1) der auftretenden Personen leicht lesbar. Die Quellen aller Aussagen sind sehr ausführlich und gut dokumentiert.

Ereignisse an der Uni Bonn anlässlich des Schah-Besuchs im Mai 1967 bilden den Auftakt. Interessant ist hier auch der Hinweis auf die Ziele der Bolsa-Studie: Es sollte belegt werden, dass Alterungsprozesse individuell verschieden ablaufen und weniger biologisch als eher historisch und sozial bedingt sind. Ziel war auch die Etablierung des Faches „Gerontologie" an deut-

schen Hochschulen. (S. 29) Der gewaltsame Tod des Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 während des Schah-Besuchs in West-Berlin führte zu großer Erschütterung über das brutale Vorgehen der Polizei – auch in der „Provinz", beispielsweise in Bonn. (S. 34, 38) Allerdings konzentrierte sich die damalige Berichterstattung auf wenige Orte und Personen: das West-Berlin des Kalten Krieges, das Frankfurt der Frankfurter Schule, den SDS, Rudi Dutschke und Horst Mahler. Es entstand der „Tunnelblick" (S. 11, 146) der „bildungsbürgerlichen Perspektive" auf die Vergangenheit: hochgebildete Männer beherrschen die Deutung der Geschichte. (S. 12) Im vorliegenden Buch wird die Rolle der Frauen, der Älteren und Alten, der Unter- und Mittelschichten beleuchtet.

Es wird deutlich, dass die Revolte eher in Ausnahmefällen mit harten Auseinandersetzungen der Söhne mit den „Nazi-Eltern" verbunden war, wie etwa bei Hannes Heer, dem späteren Autor der bekannten Wehrmachtsausstellung. Man hat zu Lebzeiten der Eltern eher nicht genauer nachgefragt (S. 58); dazu ein wörtliches Zitat: „Ich kann mir das ausrechnen, dass er [der Vater] da relativ zentral dabei beteiligt war … Die Leute in meiner Altersgruppe mussten sich damit auseinandersetzen, dass Eltern, die man persönlich hoch schätzte und an deren Integrität man letztlich keinen Zweifel hatte, … durch irgendeinen Systemfehler in die falsche Richtung gekommen [sind] … was macht aus intelligenten und sympathischen Leuten Bestien? … Und der Marxismus sagte eben, als Angebot, wir kennen einen Systemfehler … das Privateigentum an den Hauptproduktionsmitteln." (S. 59) Zerwürfnisse zwischen Eltern und Kindern waren stärker im „roten Tuch" DDR und Kommunismus begründet als im Nationalsozialismus. (S. 64) Unfrieden in den Familien entstand eher aufgrund unterschiedlicher Haltungen zur Sexualmoral, beispielhaft wenn „eine Verwandte ‚heiraten musste'… [oder] über Geld". (S. 89) Die drei Generationen, die in den Quellen zu Wort kommen, unterscheiden sich bzgl. der Sexualmoral stark: Die Großelterngeneration schien „eingefroren auf dem normativen Stand der fünfziger Jahre", während die mittlere Generation eine Vermittlerrolle zwischen Jungen und Alten einnahm. (S. 182-183) Die Generationserzählung von den Achtundsechzigern als den Vorkämpfern gegen das braune Erbe der Väter wurde allerdings von den Angehörigen dieser Altersgruppen begierig aufgegriffen. (S. 74, 190) Übrigens wurde auch in der Bolsa-Studie die NS-Zeit gezielt übersprungen. (S. 87)

Der Protest gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze im Mai 1968 war „der Höhepunkt und das Ende … der politischen Revolution". (S. 77, 192) Dieser Protest wurde eigentlich von allen drei Generationen getragen. (S. 189) Zwar hatte auch die Einführung der dynamischen Rente 1957 das Verhältnis zwischen Rentnern und ihren Kindern entspannt (S. 85), aber die Bewahrung der Harmonie zwischen Großeltern, Eltern und Kindern geschah auch „durch das gemeinschaftliche Beschweigen des Nationalsozialismus". (S. 87,190)

„Achtundsechzig war weiblich." So lautet der Titel des umfangreichsten Kapitels in diesem Buch. Warum fehlen die Frauen in unserem Bild jener Zeit, obwohl doch der Feminismus als eine der wichtigsten damaligen sozialen Bewegungen bezeichnet wird? Die Hauptaussage der Autorin ist dazu: Die Frauen machten das Private politisch, sichtbar davon war nur die Spitze des Eisbergs. Zu diesem Privaten gehörte das alltägliche „patriarchalische Denken" (S. 110) und Handeln der Männer. Die Anfänge der neuen Frauenbewegung waren eng mit der Kinderfrage verknüpft: Kinderbetreuung außerhalb der Familie gab es praktisch nicht, die Bundesrepublik war in dieser Hinsicht im Vergleich mit anderen Ländern Europas rückständig. (S. 118) Die Kinderläden, von Frauen pragmatisch gegründet, wurden von Männern als ideologisches Projekt entdeckt. (S. 123) Die hergebrachten Wahrnehmungs- und Denkmuster waren auch bei den Frauen selbst noch stark verankert, und es entstanden aus der „Emanzipationshaltung der Frauen oft schmerzliche Beziehungs- und Familienkrisen". (S. 127) Gleichzeitig tobte aber zwischen den weiblichen Generationen um 1968 kein Generationenkonflikt, obwohl die Mütter ihren Töchtern nicht als Vorbilder taugten. (S. 131) Die Entwicklung vom „Dasein für andere"

hin zur Suche nach dem „eigenen Leben" war der Hauptunterschied zwischen den Lebensentwürfen von Müttern und Töchtern. (S. 143) „Das weibliche Achtundsechzig brachte etwas qualitativ Neues in die Revolte ein: die Revolutionierung der Geschlechterrollen und die Freisetzung weiblicher Entscheidungsspielräume im Privaten …, indem es die Selbstwahrnehmung und die Lebensentwürfe von Frauen in allen Schichten der Gesellschaft veränderte." (S. 148) „Die Männer wurden Achtundsechziger, indem sie sich durch Einschreibung in mediale Debatten einen Generationsmythos bastelten. Die Frauen wurden Achtundsechzigerinnen, indem sie sich selbst und das Land veränderten." (S. 150)

Das Forschungsdesign der Bolsa-Studie hatte alles ausgespart, was mit Sexualität zu tun hatte. Trotzdem wurden in den Interviews neben einer strengen Sexualmoral persönliches Leid und familiäre Konflikte deutlich (S. 155), ebenso die Zentralität der Themen Aufklärung, Verhütung und voreheliche Beziehungen. (S. 170) Es ist festzuhalten, dass sich bereits in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren eine größere sexuelle Freizügigkeit entwickelte, die Achtundsechziger „schleiften [sozusagen] eine Burg, die nur noch eine Ruine war." (S. 168) Dabei hatten die Erfindung und Verbreitung der Pille das Tabu der nichtehelichen Geburt und der Notheiraten noch nicht wirklich abgeschwächt. „Die aus wilhelminischer Zeit stammenden Sittlichkeitsgebote, die von den Erwachsenen mittleren Alters bereits zu neun Zehnteln abgelehnt wurden, fanden noch immer Zuspruch bei einer Mehrheit der Großelterngeneration." (S. 177) Die Haltung der jungen Generation umfasste aber nicht die Politisierung von Sexualität oder die Emanzipation sexueller Minderheiten. Was heute (2018) als wesentliches Erbe der sexuellen Revolution begriffen wird – die sexuelle Emanzipation von Frauen und Homosexuellen, der Kampf gegen sexuellen Missbrauch und sexuelle Gewalt – hat wenig mit Achtundsechzig zu tun. (S. 184)

Was bleibt von Achtundsechzig? „Im Kern war es ein Protest gegen traditionelle Autorität und Hierarchie, um individuelle Freiheitsspielräume … und neue Lebensstile. … [Wir sollten daher] die Revolte vor allem als einen Geschlechterkonflikt und nicht als einen Generationenkonflikt verstehen" (S. 188, 190) – so lautet das Fazit der Autorin. Diese erfrischend neue Sicht ist anhand der genannten Quellen sehr gut belegt. *Alwine Schreiber-Martens*

Michael Klein
Friedrich Wilhelm Raiffeisen – Christ, Reformer, Visionär
Stuttgart: Calwer Verlag, 2018. 79 Seiten.

Zeitgleich zum 200. Geburtstag von Raiffeisen (30. 3. 2018) hat der Heidelberger Kirchenhistoriker Michael Klein (zugleich Pfarrer in Hamm/Sieg, Geburtsort Raiffeisens) eine Biographie des Genossenschaftsgründers vorgelegt. Er würdigt damit nicht nur dessen Leben, sondern das Buch ist zugleich ein Beitrag zum Raiffeisen-Jahr 2018, das unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit dem Thema ausgerufen wurde: „Mensch Raiffeisen – Starke Idee". Denn Raiffeisen hat seine christliche Vision verwirklicht, aus der im Laufe der Zeit ein die ganze Welt umfassendes Genossenschaftswesen (90.000 Genossenschaften mit 900 Millionen Mitgliedern weltweit) entstanden ist. So hat Raiffeisen im Rückgriff auf den Genossenschaftsgedanken ein Modell von gerechtem Wirtschaften entwickelt, das angesichts des gegenwärtigen Finanzkapitalismus aufhorchen lässt, weil es allein auf das Gemeinwohl ausgerichtet ist. Nicht von ungefähr wurde 2016 die Bedeutung der „Genossenschaftsidee" von der UNESCO gewürdigt und in die Liste des „Immateriellen Kulturerbes der Menschheit" aufgenommen. Die drei Prinzipien des Genossenschaftswesens gelten bis heute: Selbstversorgung (Menschen nehmen ihre Interessen in die eigene Hand), Selbstverwaltung (jedes Mitglied hat das gleiche Stimmrecht), Selbstverantwortung (alle Mitglieder haften für ihre Genossenschaft).

Wie es zu diesem Genossenschaftswesen kam, beschreibt Michael Klein am Leben Raiffeisens, den seine christliche Motivation ständig zum Tun antrieb, selbst wenn er dabei auf Widerstand stieß. Als Bürgermeister von kleinen Gemeinden nahm er sich der Sorge der Armen an. Er grün-

dete Vereine, Urtypen der späteren Raiffeisen'schen Darlehnskassen-Vereine, indem er die Reichen der Gemeinde an das christliche Gewissen erinnerte und sie als Spender und Mitglieder bewarb, um eine Darlehnskasse für Arme zu schaffen. Erstes Beispiel ist seine Gründung des „Weyerbuscher Brodverein" nach der großen Missernte 1845/46. Dieser Vereinsgründung war vorausgegangen, dass Weyerbusch, wie andere Gemeinden auch, eine Ladung Mehl aus Beständen der Regierung vom zuständigen Landrat zugeteilt bekommen hatten, um damit den Menschen das Brotbacken zu ermöglichen. Die Ausgabe des Mehls war jedoch nur gegen sofortige Bezahlung möglich. So aber waren gerade die Armen ausgeschlossen. Raiffeisen, der dort Bürgermeister war, bildete gegen die landrätliche Anweisung eine Armenkommission, die das Mehl gegen Vorschuss an die Bedürftigen weiterleitete. Zudem gelang es Raiffeisen mit dem gespendeten Geld „Brotfrucht und Kartoffeln aus ferner Gegend in großen Massen herbeizuschaffen", um eine Gemeinde-Bäckerei zu errichten, so dass das Brot um 50 % billiger produziert und gegen Schuldscheine an die Armen abgegeben werden konnte. Die Tatsache, dass Raiffeisen es in dieser Notlage erreichte, noch zahlreiche Bewohner dazu zu bringen, mit ihrem ganzen Vermögen für seine Aktivitäten zu bürgen, ist nur auf dem Hintergrund zu verstehen, dass Raiffeisen es vermochte, diese auf ihre christliche Verantwortung gegenüber den Armen anzusprechen. Raiffeisen hatte Erfolg und gründete weitere Genossenschaften.

Die Genossenschaft war für ihn mehr als eine reine Kreditvermittlung, sie war für ihn vielmehr Motor des Gemeinwohls. Aus diesem Grund lehnte er auch die bei Schulze-Delitzsch übliche Ausschüttung von Dividenden ab. Das Geld sollte lieber in Stiftungsfonds und von da in gemeinnützige Einrichtungen fließen. Während Dividenden, je nach Einlage in unterschiedlicher Höhe, die Minderbemittelten „nur mit Neid erfüllen" und „Spekulationssucht und Egoismus in die Vereine" tragen würden, fördere der Stiftungsfond „erst recht gründlich den Gemeinsinn". Dies zeigt die urschristlich gesinnte Einstellung Raiffeisens. So kam es auch zu den langjährigen Auseinandersetzungen zwischen den Raiffeisen'schen „Darlehnskassen-Vereinen" und den Vorschussvereinen nach Schulze-Delitzsch. Sie führten dazu, dass erst 1972 sich Raiffeisen- und Volksbanken unter einem Dach zusammenschlossen. Raiffeisen ging es darum, die christliche Gesinnung der Genossenschaftsorganisation zu bewahren und sicherzustellen (keine höhere Belohnung für Vorsitzende usw.), wofür er stark kritisiert wurde. So ist es auch zu verstehen, dass am 1. Juni 2012 die Deutsche „Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Gesellschaft" gegründet wurde, denn – so die Überzeugung der Gründungsmitglieder – „eine großartige Idee hat es verdient, weiter gefördert und immer wieder neu entdeckt zu werden."

Christoph Körner

Archiv für Geld- und Bodenreform

Im Auftrag der „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung" wird seit 1983 im „Archiv für Geld- und Bodenreform" Primär- und Sekundärliteratur zu Bodenrechts- und Geldreformtheorien gesammelt. Das Archiv befindet sich in der Bibliothek der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg und ist für WissenschaftlerInnen und interessierte Laien zugänglich. Zum Bestand gehören neben Büchern, Broschüren und Zeitschriften auch Flugblätter, Fotos und Korrespondenzen. Der Katalog ist auf der Website www.sozialoekonomie.info im Bereich „Archive" einsehbar. Im Bereich „Forschung" gibt es separate Verzeichnisse aller bislang zu dieser Thematik entstandenen Diplom- bzw. Bachelor- und Masterarbeiten sowie Dissertationen.

Zur Schließung noch bestehender Lücken und zur fortlaufenden Ergänzung der Archivbestände sind Zusendungen von älterer und neuerer Literatur sowie von Fotos und Dokumenten jederzeit sehr willkommen, ebenso Hinweise auf themenbezogene Neuerscheinungen und neuere Zeitschriftenaufsätze.

Kontakt: Werner Onken, Dipl.-Ökon.
Weitzstr. 15, 26135 Oldenburg
E-Mail: onken@sozialoekonomie.info

Weltfreihandel statt Abschottung kontinentaler Wirtschaftsblöcke

„Immer lauter erschallt der Ruf nach einem europäischen Zollverein. ... Mir genügt, offen gesagt, weder der europäische Zollverein noch die europäisch-amerikanische Zollunion; letztere besonders nicht, weil sie uns vom großen Ideal des Weltfreihandels eher entfernt als nähert. ... Der Sperrzoll wird Europa in ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet verwandeln. ... Dieses so künstlich geschlossene Wirtschaftsgebiet wird, da zu klein (die Industrie braucht die Produkte und damit auch die Absatzmärkte der ganzen Welt), immer bei allen Unternehmern das Gefühl des Beengtseins erwecken und damit den Wunsch nach Erweiterung des künstlich durch die Zollunion geschlossenen Wirtschaftsgebietes auslösen. Damit legen wir unser Schicksal wieder in die Hände von Imperialisten, die zur Erreichung ihrer Ziele kein anderes Mittel wissen als die Gewalt.

Europäische Zollunion heißt nichts anderes als der europäische geschlossene Handelsstaat. ... Die Zollgrenzen der europäischen Einzelstaaten schufen die wirtschaftlichen Gründe zum europäischen Krieg. Und ebenso werden die Grenzen der europäischen Zollunion die Interessen und die Stimmungen schaffen, die uns in den Weltkrieg gegen die panamerikanische und die mongolische Zollunion treiben werden. ... Darum: reiner Tisch, ganze Arbeit. Keine europäische Zollunion, sondern Weltfreihandel, der allein die imperialistischen Triebe bändigen kann. Wer daher den Frieden wirklich will, der fordere die Beseitigung aller Zollgrenzen, den Weltfreihandel, indem er damit beginnt, die eigenen Zollgrenzen niederzulegen. Es ist das einzige, was er zu tun braucht und was er überhaupt tun kann. Die günstigen Wirkungen werden sich bald genug bemerkbar machen und diese werden dann alle anderen Staaten zur Nachahmung veranlassen. Dann haben wir in kurzer Zeit den Weltfreihandel, ohne dass es nötig gewesen wäre, ein Wort darüber zu verlieren, ohne Konferenzen, Kongresse und Geschwätz."

Silvio Gesell (1862-1930): Der Vereinigte Unsinn von Europa – Gegen den europäischen Zollverein (1926), in: Gesammelte Werke Band 16, S. 72-78.

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Dr. Edoardo Beretta
c/o Università della Svizzeria Italiana
Fakultät für Wirtschaftswissenschaften
Via G. Buffi 13, 6900 Lugano / Schweiz

Dipl.-Kfm. Thomas Betz
Paul-Linke-Ufer 4, 10999 Berlin

Dr. Max Danzmann
Eschersheimer Landstraße 87, 60322 Frankfurt/M.

Dr. Wolfgang Freitag
Postfach 130 215, 90114 Nürnberg

Dipl.-Volksw. Ass. Jur. Jörg Gude
Wiedel 13, 48565 Steinfurt

Dr. Eva-Maria Hubert
Friedrich-Zundel-Str. 46, 70619 Stuttgart

Dr. Christoph Körner
Erlbachtal 40, 09306 Erlau bei Mittweida

Prof. Dr. Dirk Löhr
Gregor-Wolf-Str. 19, 66606 St. Wendel

Dipl.-Ing. Stefan Padberg
Borner Str. 18, 42349 Wuppertal

Apl. Prof. Dr. Niko Paech
Eibenweg 26, 26131 Oldenburg

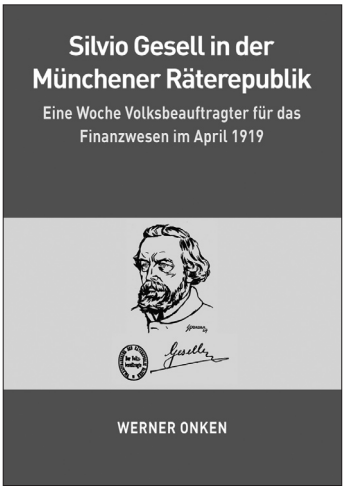
Dipl.-Math. Alwine Schreiber-Martens
Jahnatal 4a, 01594 Riesa-Jahnishausen

Lisa Vlasak, Lisa Polak, Hans Geißlhofer & Robert Sigmund
c/o Dipl.-Pol. Bernadette Felsch
Erich-Kästner-Str. 32, 80796 München

Prof. Dr. Johann Walter
c/o Westfälische Hochschule - FB Wirtschaft
Neidenburger Str. 43, 45877 Gelsenkirchen

Dr. Ferdinand Wenzlaff
Zimmerstr. 29, 22085 Hamburg

Dr. Helmut Woll
Falkenberger Str. 52, 28215 Bremen



NEU

110 Seiten
16,00 Euro
ISBN
978-3-933891-31-0

Werner Onken
Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik – Eine Woche Volksbeauftragter für das Finanzwesen im April 1919
Oldenburg 2018

Nach dem Ersten Weltkrieg ging aus der deutschen Novemberrevolution im April 1919 die Münchener Räterepublik hervor. Schon nach wenigen Wochen wurde sie von deutschen Regierungstruppen blutig niedergeschlagen.

Im Zusammenhang mit den historischen Erinnerungen an diese rund 100 Jahre zurückliegende besondere Episode der Geschichte des frühen 20. Jahrhunderts geht es in dieser Studie um den deutsch-argentinischen Kaufmann und Sozialreformer Silvio Gesell, der als Volksbeauftragter für das Finanzwesen an der Münchener Räterepublik beteiligt war. Dargestellt werden seine Ziele, seine Mitwirkung in der Räterepublik und sein Schicksal nach ihrer Niederschlagung. Außerdem wird geschildert, wie Silvio Gesell die wirtschaftspolitische Entwicklung der 1920er Jahre beurteilte, die danach zum Absturz Deutschlands in die Barbarei des Nationalsozialismus beitrug. Könnten seine Geld- und Bodenreformvorschläge angesichts der gegenwärtigen Turbulenzen auf den Finanz- und Immobilienmärkten vielleicht auch heute noch aktuell sein und in weiterentwickelter Form zur Überwindung gegenwärtiger Krisen beitragen?

Bezug: Erhältlich in jeder Buchhandlung oder über Dieter Fauth, Betzengraben 5, 97299 Zell.
E-Mail: post @ dieterfauth.de
(Lieferung frei Haus).

Neuerscheinung

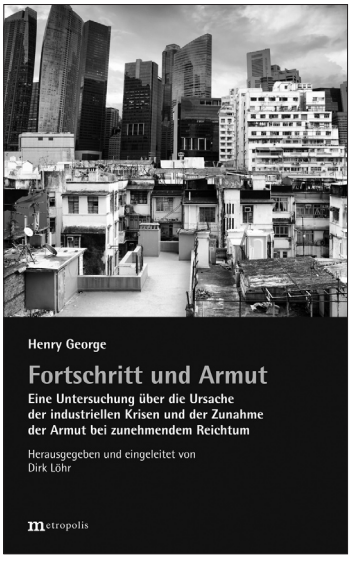
377 Seiten | 34,80 EUR
ISBN 978-3-7316-1226-1

Dirk Löhr & Fred Harrison (Hg.)
Das Ende der Rentenökonomie
Wie wir globale Wohlfahrt und eine nachhaltige Zukunft bauen können

Dieses Buch handelt von einem gleichzeitig alten wie neuen ökonomischen Paradigma, der „Geoklassik". Spätestens seit der Wirtschaftskrise 2008 sind die herkömmlichen Wirtschaftswissenschaften unglaubwürdig geworden. Die ökonomische Erde in diesem durch die neoklassische Theoriewelt geprägten Fach ist eine Scheibe.
In „Das Ende der Rentenökonomie" stellen 13 Beiträge dar, wie die Arbeiten der alten klassischen Ökonomen durch die Neoklassik pervertiert und im Interesse mächtiger Interessengruppen instrumentalisiert wurden. Die Beiträge leisten eine Rückbesinnung auf die Ansätze der klassischen Ökonomen und beziehen sich dabei auf die wichtigsten Arbeiten des heterodoxen US-amerikanischen Ökonomen Mason Gaffney (University of California / Riverside). In seinem Sinne zeigt dieser Band, wie die Volkswirtschaft dem Gemeinwohl dienen könnte. Die Befreiung aus der Zwangsjacke einer dauerhaften Stagnation, öffentlicher Armut, niedriger Löhne und Beschäftigungsunsicherheit ist möglich.

metropolis
Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik

Soeben erschienen



Henry George

Fortschritt und Armut

Eine Untersuchung über die Ursache der industriellen Krisen und der Zunahme der Armut bei zunehmendem Reichtum

Herausgegeben und eingeleitet von Dirk Löhr
514 Seiten Hardcover · 22,80 EUR
ISBN 978-3-7316-1249-0

Deutsch von C.D.F. Gütschow 1880.
Überarbeitung der deutschen Übersetzung von Florenz Plassmann (Robert Schalkenbach Foundation, New York, 1998) und Dirk Löhr (2017)

Henry George, der bedeutende Bodenreform-Theoretiker, wurde verschiedentlich als der letzte große klassische Ökonom bezeichnet. Das Hauptwerk von Henry George war über Dekaden hinweg eines der am meisten gelesenen Bücher. Die auf den Arbeiten von Henry George beruhende Denkschule wird auch "Geoklassik" genannt.

Ausgangspunkt seiner Untersuchungen war die Fragestellung, warum gerade in den sich entwickelnden Industriegesellschaften trotz eines enormen Anstiegs der Produktivität die Armut überhandnahm. Henry George nahm dabei in vielerlei Hinsicht die Ideen der französischen Physiokraten wieder auf, ging allerdings gedanklich weit über diese hinaus. Er betrachtete – ähnlich wie die Physiokraten – Boden (incl. Natur) und Arbeit als die originären, und Kapital lediglich als einen abgeleiteten Produktionsfaktor. Damit steht das Werk von Henry George der neoklassischen Lehre diametral entgegen, welche die bis heute weitgehend "bodenlose" Wirtschaftswissenschaft prägt. Obwohl Henry George zwar das Privateigentum an Grund und Boden grundsätzlich ablehnte, wollte er es aus politisch-pragmatischen Gründen nicht abschaffen. Stattdessen sollte es über die Wegsteuerung der Bodenerträge "entkernt" werden.

Zwar ist in Deutschland das Werk von Henry George weitgehend in Vergessenheit geraten, doch hat es v.a. in den angelsächsischen Ländern einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Darüber hinaus beinhaltet insbesondere die ökonomische Verfassung der asiatischen "Tigerstaaten" geoklassische Elemente. Allen voran zu nennen sind Hong Kong und Singapur, die ihre Staatsfinanzen zu einem großen Teil aus der Abschöpfung der Erträge und Werte des vornehmlich in staatlichem Eigentum liegenden Bodens bestreiten und im Gegenzug die konventionellen Steuern minimiert haben. So konnten sich diese Standorte innerhalb weniger Jahrzehnte von unbedeutenden Ansiedlungen zu Weltzentren von Handel und Finanzen entwickeln.

Diese Ausgabe von "Fortschritt und Armut" macht das Hauptwerk von Henry George nach vielen Jahrzehnten erneut in deutscher Sprache zugänglich.

metropolis
Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik

ZfSÖ